

Die Wahrheit kommt ans Licht!

Von E. Noldus.

„Es mag fünfzig Jahre dauern, bis politische Mißgriffe offenkundig werden und ihre letzten Konsequenzen tragen, aber schließlich legt die Geschichte die Rechnung für jeden Fehler vor, und sie ist peinlicher dabei als unsere preußische Oberrechnungskammer. Und dann erst wird man in der Öffentlichkeit den Bruchpunkt sehen, von dem das Unheil seinen Anfang nahm.“

Dieses nicht gesicherte Bismarck-Zitat (aus: Hans Joachim Schoeps, Bismarck über Zeitgenossen, Zeitgenossen über Bismarck) ist, frei nach einem italienischen Sprichwort, wenn nicht wahr, so doch gut erfunden.

Jahrzehntelang galt die unregelte Zuwanderung als kulturelle Bereicherung, so als ob die Deutschen selbst über keine eigenständige Kultur verfügten. Zuwandererkinder, die im Alter von zehn Jahren noch keine Zahnbürste gesehen hatten, galten den politisch korrekten Journalisten der Funke Medien-Gruppe als Reservoir der zukünftigen akademischen Elite dieses Landes. „Kultursensibel“ müsse man sein und manche archaischen Wertvorstellungen als Ausdruck einer ureigenen Identität, die es – im Gegensatz zu der der Deutschen – zu bewahren gelte, respektieren. Und das alles im Namen der Freiheit und der Toleranz.

Diese durch die Kanzlerin der Migranten auf die Spitze getriebene Ideologie hat schließlich die behäbigen Deutschen, deren Kommunisten nach einem Wort Lenins nie einen Bahnhof stürmten, ohne vorher eine Bahnsteigkarte gelöst zu haben, doch noch zum Widerspruch gereizt.

Mit der AfD ist eine neue Kraft entstanden, die in einem Siegeszug ohnegleichen in die Länderparlamente und schließlich in den Bundestag stürmte. Im Ruhrgebiet reihte sich für die jahrzehntelang erfolgsverwöhnten Genossen Niederlage an Niederlage. Schmerzlich deshalb, weil es die traditionelle SPD-Klientel war, die sich – meist aus Protest – zu einem merklichen Teil 2017 der AfD zuwandte, weil die von der Politik an die Wand Gedrückten nicht die multi-kulturellen Traumbilder, sondern am unmittelbarsten die harte Realität sahen.

Die SPD-Kommunalpolitiker haben sich inzwischen von einigen ideologischen Gaukeleien ihrer Parteiführer emanzipiert. Erstens, weil die Zuwanderung in erster Linie in den Kommunen bewältigt werden muß und dort die Phrasen aus Berlin an der harten Wirklichkeit zerschellen. Und wichtiger noch, sitzt den Genossen die pure Angst vor dem Verlust der Macht im Nacken. **Nicht die Sorge um die Bedürfnisse der „schon länger hier Lebenden“ (Merkel) treibt sie um, sondern die Sorge, „das Pack“ (Sigmar Gabriel) könnte 2020 an den Wahlurnen unliebsame Entscheidungen treffen.**

Nun haben die seit 2016 in der „Fraktionsvorsitzendenrunde Ruhr“ versammelten kommunalen 15 SPD-Fraktionsvorsitzenden „dem lieben Olaf“ in Berlin (SPD-Finanzminister Olaf Scholz) einen Brief geschrieben. Er ist in der WAZ Online am 6. 1. 2019 und (unter anderem) drei Tage später im Oberhausener Wochen-Anzeiger auszugsweise veröffentlicht worden. Wir folgen der mehrfach gefundenen Textvariante des Wochen-Anzeigers.

Nach Udo Sobieski (Herne), dem Vorsitzenden der Fraktionsvorsitzendenrunde, geht es um die Überschuldung – speziell um die Altschulden – der Kommunen, die deshalb finanzielle Hilfe aus

Berlin anfordern. Es habe sich ein „mittlerweile jahrzehntelanger Kreislauf aus ökonomischer Schwächung, einer hohen Belastung durch steigende Sozialausgaben und eine strukturelle Unterfinanzierung“ ergeben. Vor dem Hintergrund der aktuellen Steuereinnahmen und der allgemeinen, positiven wirtschaftlichen Situation Deutschlands seien die Möglichkeiten des Bundes und des Landes, den Kommunen nachhaltig zu helfen, so gut wie schon seit Jahrzehnten nicht mehr. „Wir brauchen eine dauerhafte und verlässliche kommunale Finanzausstattung“, heißt es weiter.

Aus eigener Kraft sei ein Abbau der Altschulden nicht zu schaffen: „Wir sparen an freiwilligen Leistungen und **können notwendige Investitionen in den Bereichen Bildung, Kultur, Soziales, Verkehr und Sport nicht in erforderlichem Maße realisieren. Wir übernehmen Verantwortung, zum Beispiel in der Flüchtlingskrise, ohne dass wir von den Folgekosten befreit werden**“, heißt es in dem Brief. „Was wir auf der einen Seite sparen, wird uns an anderer Stelle wieder abgefordert. Das schafft keine Entwicklungspotenziale für unsere Zukunft und die hier lebenden Menschen.“

Eine versteckte Drohung können sich die SPD-Fraktionschefs nicht verkneifen: Nichts wäre – im Hinblick auf die 2020 anstehenden Kommunalwahlen – schlimmer, als „wenn es am Ende eine Altschuldenregelung allein durch die von CDU und FDP geführte Landesregierung von NRW gäbe“. Dann drohe „**in unseren roten Städten**“ die Gefahr, dass die SPD die wichtigen Positionen der Oberbürgermeister und der stärksten Ratsfraktionen verlieren könnten.

Die Farbe der Zukunft ist Blau!